

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Piratengruppe im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Schule  
und Weiterbildung  
Dr. Helge Schlieben

An Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

**AN/0829/2015**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Schule und Weiterbildung	08.06.2015

**Sorgen der Eltern wegen der Potenzialanalyse im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ernst nehmen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Antragssteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu setzen:

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt,**

1. dafür zu sorgen, dass die Einverständniserklärung zur Teilnahme an der Potenzialanalyse im Rahmen der Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss, Übergang Schule - Beruf NRW" überarbeitet und der Passus "Ich bin mir / wir sind uns dessen bewusst, das [sic] ohne die Einwilligung die individuelle Förderung im Rahmen der Studien- und Berufsorientierung nur eingeschränkt möglich ist und ich verzichte insoweit ausdrücklich auf diesen Teilaspekt der individuellen Förderung meines Kindes" gestrichen wird. Dabei kann sich am positiven Beispiel der Einverständniserklärung und der Umsetzung der Potenzialanalyse im Rheinisch-Bergischen Kreis orientiert werden.
2. dafür zu sorgen, dass die Eltern, Schulen, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler umfassend über den Datenschutz (Bereitstellung, Aufbewahrungsfrist, Löschung, Weiterleitung), die Freiwilligkeit und das Verfahren der Potenzialanalyse aufgeklärt werden.

**Begründung:**

Seit 2011 wird die Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule - Beruf in NRW" (KAoA) mit verschiedenen Partnern im Ausbildungskonsens umgesetzt. Dafür hat die Landesregierung in 53 Gebietskörperschaften- kommunale Koordinierungsstellen eingerichtet. Hier arbeiten verschiedene Akteure an einem standardisierten Gesamtsystem

zum Übergang von der Schule in den Beruf. Zentrale Handlungsfelder definiert die Landesregierung auf S. 19 in ihrer Broschüre <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-2936.pdf>. Dort heißt es unter "Das macht die systematische Berufs- und Studienorientierung in NRW aus": „Schulische Strukturen wie Curricula, Studien- und Berufswahlkoordinatorinnen und -koordinatoren, Berufsorientierungsbüros zur Unterstützung; Regelmäßige Beratung der Jugendlichen über den gesamten Prozess hinweg durch Lehrkräfte, Eltern, Expertinnen und Experten der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit und andere Partner; Potenzialanalyse zu Beginn, um Talente, Fähigkeiten und Interessen aufzuzeigen; Praxisphasen und deren Verbindung mit Unterricht, z. B. Berufsfelderkundungen, Betriebspraktika; Portfolioinstrument wie der Berufswahlpass NRW oder eine andere Mappe, in der Ergebnisse und Erfahrungen festgehalten werden; Koordinierte Gestaltung des Übergangs inklusive Anschlussvereinbarung mit der Festlegung konkreter nächster Schritte.“

Ein wesentlicher Bestandteil der Landesinitiative ist die sogenannte Potenzialanalyse. Im 8. Jahrgang werden die Schülerinnen und Schüler ganztägig beobachtet. Es werden Berufsinteressen- und Konzentrationstest durchgeführt. Die Schüler sollen sich selbst vorstellen, ihre Persönlichkeit einschätzen, Teamaufgaben lösen und in der Gruppe diskutieren. Danach findet ein 20-minütiges Ergebnisgespräch statt.

Viele Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sind aufgrund der Potenzialanalyse verunsichert und wenden sich an verschiedene Stellen der Stadt Köln. Sie sorgen sich u. a. um den Datenschutz, die Freiwilligkeit und das Verfahren der Potenzialanalyse. Besonders die Kölner Einverständniserklärung wirft aufgrund des Passus "Ich bin mir / wir sind uns dessen bewusst, das [sic] ohne die Einwilligung die individuelle Förderung im Rahmen der Studien- und Berufsorientierung nur eingeschränkt möglich ist und ich verzichte insoweit ausdrücklich auf diesen Teilaspekt der individuellen Förderung meines Kindes" kritische Fragen auf. Aber auch die unterschiedlichen Angaben zum Speicherzeitraum (einmal ist von zwei Monaten die Rede und woanders von vier) veranlassten verschiedene Schulen und die Schulpflegschaft, beim Datenschutzbeauftragten des Schulamtes für die Stadt Köln Beschwerde einzulegen.

Die Stadt nimmt seit dem Schuljahr 2013/14 an KAOA teil. Im jetzigen Schuljahr 2014/15 sollen ca. 4.000 Schülerinnen und Schüler an der Potenzialanalyse teilnehmen. In Köln führt die TALENTBRÜCKE GmbH & Co. KG gemeinsam mit Jugendhilfe Köln e.V. die Potenzialanalyse an Gesamtschulen und Gymnasien durch. Die TALENTBRÜCKE GmbH & Co. KG ist zudem verantwortlich für den Ablauf der Potenzialanalyse im Kreis Viersen, im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Rhein-Sieg-Kreis. Dabei ist die Einverständniserklärung aus dem Rheinisch-Bergischen-Kreis transparenter und zu bevorzugen.

**Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

gez. Thomas Hegenbarth  
gez. Ulrich Breite

gez. Lisa Hanna Gerlach